

# Welt der Arbeit

Ausgabe 37

www.weltderarbeit.de

14. März 2007

## WdA im März

Unsere Gesellschaft ist tief gespalten. Die Gewinne der DAX-Konzerne explodieren, bei den Arbeitslosen und Arbeitnehmern ist vom Wirtschaftsaufschwung aber nichts angekommen. Von den steigenden Kapitalrenditen profitieren Geldverleiher und Vorstände, Aufsichtsräte und Aktionäre. Sowohl die Dividenden als auch die Managergehälter sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, während die Reallöhne der abhängig Beschäftigten gesunken sind. Seit über zehn Jahren liegen die Lohnsteigerungen unterhalb der Produktivität. Immer mehr Menschen protestieren gegen diese Entwicklung. Nur aktiver Widerstand gegen die neoliberalen Zumutungen kann demokratische und soziale Verhältnisse erzwingen.

### Die Themen im Einzelnen

Seite 1

**Massenproteste gegen Rente mit 67**

Seite 2

**Profite sind wichtiger als Klimaschutz**

Seite 3

**„Gesundheitsreform“: Sieg der Lobbyisten**

Seite 4

**Vater Staat oder die allgemeine Politikverdrossenheit, Kapitalismus pur**

Seite 5

**Riesenprofite mit Kriegsgerät**

Seite 6 und 7

**Blick zurück: Fritz Lamm**

Seite 8

**Proteste gegen Telekom-Umbau, Volksparteien ohne Volk**

Seite 9

**Deutschland kein Sanierungsfall, Buchempfehlung, Kommentar, Impressum**

Seite 10

**Tarifrunde 2007:**

**Ohne Kampf kein Erfolg**

Seite 11 und 12

**Autofirmen finanzieren den Gipfel der G 8, Lokalradio NRW: Bürgerbeteiligung unerwünscht**

## Massenproteste gegen Rente mit 67

Es wird weiter gegen die Interessen der Mehrheit des Volkes regiert! Die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU hat beschlossen, das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre schrittweise zu erhöhen. Dagegen haben in den vergangenen Wochen Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer protestiert. Sie haben während ihrer Arbeitszeit in Demonstrationen ihre Wut gegen die soziale Politik der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht.

„Die jüngste Rentenreform ist eine Lebenslüge der Großen Koalition. Die dadurch ermöglichte Beitragsatzersparnis von lediglich 0,5 bis 0,7 Prozentpunkten rechtfertigt nicht, dass dadurch zusätzlich Altersarmut produziert wird. Die Rente wird nicht sicher, sie wird gekürzt“, sagte DGB-Vorsitzender Michael Sommer anlässlich einer Expertenanhörung im Bundestag.

Die Unternehmer und ihre Lobbyisten behaupten, die eindrucksvollen Aktionen der abhängig Beschäftigten seien politische Streiks und widersprechen dem Grundgesetz. Diese Behauptung wird durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Sie ist falsch. Die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie die Europäische Menschenrechts- und Sozialrechts-Charta garantieren das Streikrecht ohne Einschränkungen als Menschenrecht.

Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erkennen, dass sie sich gegen die zunehmende Ausbeutung in den Betrieben und in der Gesellschaft und gegen die wachsende neoliberale Politik der Herrschenden aktiv zur Wehr setzen müssen. Allein an den Protestaktionen der IG Metall haben sich mehr als 300.000 Beschäftigte während ihrer Arbeitszeit beteiligt.

Das zeigt, wie stark die Empörung bei einem großen Teil der Bevölkerung bereits ist.

Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit müssten bis zu 3,4 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen, damit die Rente mit 67 nicht dazu führt, dass durch die längere Lebensarbeitszeit die Arbeitslosigkeit zunimmt.

Unternehmer und Regierung wollen künftig ein Rentensystem, das weniger auf einer gesetzlichen Umlagefinanzierung und stärker auf privaten Versicherungsrenten basiert. Durch die erzwungene private Eigenvorsorge profitieren dann Versicherungskonzerne und Investoren. Geschätztes Volumen in den kommenden zehn Jahren: 650 Milliarden Euro!

Die Altersarmut wird dramatisch steigen, wenn nicht kollektiver Widerstand die Regierenden zur Besinnung bringt. Nur noch 33 Prozent der 55- bis 64-Jährigen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 1,2 Millionen Menschen zwischen 55 und 64 Jahren sind arbeitslos, und es ist unbestreitbar: Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit verschärft die Arbeitslosigkeit und reduziert die Höhe der Renten. Aber das hält den amtierenden Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) nicht davon ab, eine noch weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters in Aussicht zu stellen. Dazu passt, dass die Bundesbank (!) vorschlägt, das Renteneintrittsalter unmittelbar an die Lebenserwartung zu koppeln. Und die einstige Arbeiterpartei SPD demonstriert, dass sie längst nicht mehr interessiert ist an der Lebenswirklichkeit von Arbeitnehmern und Rentnern.

*Franz Kersjes*

Wie die Politik die Interessen von Kapitalbesitzern fördert (1)

## Profite sind wichtiger als Klimaschutz

Wer gründlich und kritisch nachdenkt, kommt an der Erkenntnis nicht vorbei: Der neoliberale Kapitalismus ist ein soziales System, das auf Ausbeutung, Erpressung, Korruption und Menschenverachtung beruht. Die Interessenvertreter des Kapitals nehmen wesentlichen Einfluss auf politische Entscheidungen und bestimmen somit, wie die große Mehrheit des Volkes leben und arbeiten soll. Politiker entschuldigen ihren Machtverlust mit den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs für die Wirtschaft. Doch es geht nicht in erster Linie um Arbeitsplätze, sondern um die besten Standorte zur Erzielung der höchsten Renditen für das eingesetzte Kapital.

### Klimakatastrophe

Der Klimawandel hat bereits besorgniserregende Ausmaße angenommen. Die Forscher beschreiben düstere Prognosen über die Klimaentwicklung der Erde. Der aktuelle Klimaschutzbericht der Vereinten Nationen geht von dramatischer Erderwärmung in den folgenden Jahrzehnten aus. Die größten Verursacher machen Rekordgewinne!

Der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft ist seit dem Jahr 1750 um 35 Prozent gestiegen. Der heutige Wert ist der größte seit 650.000 Jahren. 78 Prozent der Erhöhung gehen auf die Nutzung fossiler Brennstoffe zurück, 22 Prozent auf die Nutzung von Landflächen, etwa durch Rodungen. Experten gehen von einer weiteren Erderwärmung bis zum Jahre 2100 um bis zu 6,4 Grad Celsius aus. Weltweit schrumpfen die Gletscher. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass der Meeresspiegel bis zur nächs-

ten Jahrhundertwende um bis zu 58 Zentimeter ansteigt.

### Förderung statt Abwehr

Das wichtigste Treibhausgas ist das Kohlendioxid, das überwiegend durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Erdgas entsteht. Diese Energieträger sind der Schmierstoff, mit dem die globalen Konzerne ihre Geschäfte machen. Der Profit des US-amerikanischen Konzerns ExxonMobil ist im vergangenen Jahr beispielsweise auf unglaubliche 39,5 Milliarden US-Dollar gestiegen. Kürzlich wurde bekannt, dass der Konzern für 16 Millionen US-Dollar eine Kampagne gegen den Klimaschutz finanziert hat. Auch das britisch-niederländische Unternehmen Royal Dutch Shell konnte 2006 den Gewinn auf 25,4 Milliarden US-Dollar steigern.

Entgegen den dringend notwendigen Maßnahmen für einen besseren Klimaschutz unterstützt die deutsche Bundesregierung die Industrielobby und ihre Geschäftsinteressen. Sie hat ebenso wie der EU-Industriekommissar Günther Verheugen (SPD) politischen Einfluss genommen auf die geplanten restriktiven Vorgaben der EU für den Gesamtausstoß von CO<sub>2</sub> und die durch Pkw verursachten Emissionen.

In den 90er Jahren konnte die europäische Autoindustrie einen Grenzwert von 120 Gramm Kohlendioxid je Kilometer noch verhindern, indem sie sich freiwillig zu einer wesentlichen Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Werte verpflichtete; das hat sie jedoch nicht eingehalten. Im September des vergangenen Jahres schickten daraufhin ehemalige Umweltminister in der

EU einen Brief an Kommissionspräsident Barroso mit der dringenden Aufforderung, das Ziel von 120 Gramm CO<sub>2</sub>/Km durch schnittlichem Verbrauch der verkauften Neuwagen in Europa endlich durchzusetzen.

### Deutsche Dreckschleudern

Die größten Dreckschleudern werden in Deutschland produziert. Wer braucht eigentlich die Luxuskarossen, die 20 Liter Sprit und mehr saufen und mit mehr als 200 Gramm Kohlendioxid je Kilometer die Luft verpesten? Die komfortablen Limousinen werden vor allem als Dienst- oder Firmenwagen gekauft und über Abschreibungsmöglichkeiten vom Steuerzahler subventioniert. Für einen Audi A 8 mit einem Spritverbrauch von 21 Litern sind beispielsweise bis zu 55.000 Euro abzusetzen. Außerdem können Unternehmen alle Betriebskosten einschließlich der hohen Benzinkosten und der Kfz-Steuer absetzen.

Die EU hat nun entschieden, dass bis zum Jahr 2012 bei Neuwagen ein CO<sub>2</sub>-Wert von 130 Gramm durchschnittlich (!) einzuhalten ist. Auch dagegen protestiert die Autoindustrie.

Die Europäische Union will bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um mindestens 20 Prozent gegenüber 1990 verringern. Es muss aber noch verhandelt werden, wie viele Emissionen jedes Mitgliedsland einsparen soll. Völlig unklar ist auch, wie der Anteil von 20 Prozent erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 erreicht werden soll.

*Franz Kersjes*

### Wie die Politik die Interessen von Kapitalbesitzern fördert (2)

## **„Gesundheitsreform“: Sieg der Lobbyisten**

Die Lobby von Pharmaindustrie, privaten Krankenkassen, Ärzten und Apothekern hat sich wieder einmal durchgesetzt. Die verantwortlichen Politiker schützen erneut privatwirtschaftliche Ansprüche, aber die Interessen von Patienten und gesetzlich Krankenversicherten bleiben weitgehend unberücksichtigt. Ihre Gesundheitsversorgung wird teurer und schlechter.

Schon bei der vorhergehenden „Gesundheitsreform“ war die Sache klar: Die Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal wurde eingeführt, das Sterbegeld wurde gestrichen, Brillen müssen seitdem von den Patienten selbst bezahlt werden. Die Pharmaindustrie konnte immer wieder eine Positivistin, die überflüssige Medikamente von der Erstattung ausgenommen hätte, verhindern, und die Apotheken dürfen ihre Umsatzdaten weiterhin an die Pharmaindustrie verkaufen. Mit diesen Daten lassen sich Marketing-Strategien gegenüber Ärzten gezielt ausrichten. Dies nährt den Verdacht, dass die ärztliche Versorgungspraxis nicht objektiv erfolgt. Der Profit der Pharmaindustrie wird weiterhin über die Interessen der Patienten gestellt. Der Vorstandschef der DAK, Herbert Rebscher, bezeichnete die so genannte Gesundheitsreform als „eines der destruktivsten Gesetze, das je den deutschen Bundestag verlassen hat“.

### **Vorteile für private Kassen**

Mit der verabschiedeten „Gesundheitsreform“ haben die privaten Krankenkassen einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil erhalten, weil sie nicht von der Finanzierung über das geplante

Fondssystem betroffen sind. Nur die gesetzlichen Krankenkassen müssen künftig die Beiträge ihrer Mitglieder an den so genannten Gesundheitsfonds abführen und bekommen pauschalierte Beträge zurück. Diese Beträge sind nicht nach Alter, Geschlecht, Arten der Erwerbstätigkeit, Lohnhöhe und Krankheiten gestaffelt, so dass Kassen mit zahlreichen Kranken ebenso viel Geld zur Verfügung steht wie Kassen mit überwiegend gesunden Mitgliedern. Sollten die Einnahmen der jeweiligen Kasse nicht ausreichen, kann ein Zusatzbeitrag erhoben werden, der 35,60 Euro nicht übersteigen und auch nicht mehr als ein Prozent des Bruttoverdienstes betragen darf.

### **Billige Kassen für die Armen**

Die gesetzlichen Kassen haben also die Möglichkeit, eine „kleine Kopfpauschale“ zu erheben. Die Versicherten dürfen aber ihre Kasse wechseln. Bei fortschreitender Verarmung in der Bevölkerung kann das allerdings für viele gesetzlich Versicherte bedeuten, dass sie in billigere Krankenkassen wechseln müssen, die dann weniger Leistungen anbieten.

Die Beiträge für die gesetzlich Versicherten werden steigen, weil die Bundesregierung Steuerzuschüsse an die Kassen streicht, weil sie die Mehrwertsteuer erhöht und damit Medikamente verteuert und weil die Ausgaben der Kassen stärker steigen als die Beitragseinnahmen. Noch teurer wird es für die Mitglieder der gesetzlichen Kassen, wenn eine Kasse mit dem Geld nicht auskommt, das sie ab 2009 aus dem Gesundheitsfonds bekommen soll. Es ist zu befürchten, dass die

gesetzlichen Krankenkassen die flächendeckende Gesundheitsversorgung der Versicherten nicht mehr gewährleisten können. Das individuelle Geldvermögen wird künftig immer mehr den Zugang zum Gesundheitswesen bestimmen und der weiteren Ökonomisierung der Beziehungen zwischen Ärzten und Patienten Vorschub leisten. Die solidarische Krankenversicherung wird den Profitinteressen des Kapitals geopfert.

### **Auswirkungen von Korruption**

Im „Jahrbuch Korruption 2006“ hat Transparency International (TI) festgestellt, dass im deutschen Gesundheitswesen medizinische Studien manipuliert, Behörden beeinflusst, Risiken verschwiegen und Selbsthilfegruppen unterwandert werden. Als Hauptverantwortlichen nennt die Organisation die Pharmaindustrie. „Im Gesundheitssektor entscheidet Korruption über Leben oder Tod. Korruption kann hier verschiedenste Formen annehmen: Die Bandbreite reicht von Ärzten, die Medikamente oder Dienstleistungen verkaufen, die gratis erhältlich sein sollten, über hochrangige Regierungsbeamte, die Geld aus dem Gesundheitsbudget unterschlagen, bis hin zu Pharmazieunternehmen, die über Forschungsprogramme Einfluss erkaufen. Die Auswirkungen der Korruption treffen immer den Endverbraucher – den kranken Menschen, der gezwungen wird, mehr zu zahlen als nötig wäre, oder der unsichere, gefälschte Medizin erhält“, heißt es zum Schwerpunkt „Korruption im Gesundheitswesen“ im Jahrbuch von TI.

*Josef Meister*

Wolfgang Bittner

## Vater Staat oder die allgemeine Politikverdrossenheit

Der Taxifahrer, der mich neulich zum Bahnhof fuhr, war 71 Jahre alt. Warum er noch arbeite, fragte ich ihn; eigentlich nur, um ein lockeres Gespräch zu beginnen. „Nicht aus Spaß am Taxifahren“, erwiderte er. Seine Altersrente nach einem arbeitsreichen Leben betrage lediglich 750, die Miete allein schon 500 Euro.

Er hatte im Laufe der Jahrzehnte 100.000 Mark für sein Alter gespart, so erzählte der Mann weiter. Daraus seien nach der Währungsumstellung 50.000 Euro geworden. Und der Salatkopf im Supermarkt, der vor einigen Jahren noch 99 Pfennig gekostet habe, koste jetzt 99 Cent oder sogar 1,49 Euro, das Brötchen 25 Cent statt 20 Pfennig; ganz zu schweigen von den Benzin-, Heizöl-, Gas- oder Stromkosten. Hinzu komme, dass viele Leute, die früher mit dem Taxi fuhren, dafür heute kein Geld mehr haben.

Keine Geldentwertung? Keine Inflation? Das sei doch lachhaft. Das erkläre uns die Regierung, aber die Realität sehe ganz anders aus. Als ob die Kriege, die man seit einigen Jahren in unserem Namen führt und meint führen zu müssen, aus der Protokasse finanziert werden könnten.

Ein analytischer Kopf, dieser Taxifahrer. „Was kostet es, wenn unsere Kriegsschiffe im Indischen Ozean oder im Mittelmeer vor der libanesischen Küste kreuzen?“, fragt er. „Was kosten die exklusiven Soldaten-camps mit Casino, Waschsalon, Kino, Kegelbahn und sonstigen Freizeiteinrichtungen in Afghanistan, im Kosovo oder in afrikanischen Ländern?“ Das alles diene – so meinte der Mann – letztlich wohl der Sicherung von Einflussgebieten und Rohstoffquellen, wie es hinter vorgehaltener Hand heiße, und das rechtfertige nach Ansicht der dafür zuständigen Politiker diese Einsätze in aller Welt. Zweifel seien unanständig, über die wahren Kosten erfahre man nichts.

Mein Taxifahrer war wütend auf die Regierung. „Hier ein paar Euro, dort ein paar Euro“, sagte er. Die hohe Miete, Steuern selbst auf die Rente, immer noch Solidaritätszuschlag, Krankenkasse, Verwaltungs- und Bankgebühren und so weiter. Überall werde man abgezockt, sagt er. Alles werde immer teurer und das fürs Alter Ersparte immer weniger. „Wenn der neunzigjährige Vater meiner Frau jetzt ins Pflegeheim kommt“, fügte er hinzu, „nehmen sie uns auch noch den Rest weg.“ Der Mann regte sich auf, bekam einen ganz roten Kopf. „Die da oben haben völlig den Kontakt zur großen Mehrheit der Bevölkerung verloren“, schimpfte er und fragte: „Finanziert der Staat so seine Kriege und seinen Orientalischen Aufwand? Schauen Sie sich doch mal an, wie die leben. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist von denen niemand versichert.“

Er hat eine Theorie, die recht plausibel erscheint. „Wenn die Inflationsrate steigt“, meinte er, „steigen die Löhne und die Steuerabgaben. Aber parallel dazu werden die Schulden, und damit auch die Staatsschulden und Zinsabtragungen geringer. Das bezahlen wir.“ Er schüttelte den Kopf. „Vater Staat? Dass ich nicht lache. Diese Leute, die an den Futtertrögen sitzen, vertreten uns schon lange nicht mehr.“

## Kapitalismus pur

**Rekord-Dividenden:** Auf Aktionäre wartet in diesem Jahr ein bisher noch nicht da gewesener Geldregen. Die 30 Dax-Konzerne schütten nach Berechnungen der Landesbank Baden-Württemberg insgesamt 27,3 Milliarden Euro aus – und damit mehr als doppelt so viel wie noch vor drei Jahren. Nur der Chiphersteller Infineon und der Touristikkonzern TUI lassen ihre Anleger leer ausgehen. Ansonsten senkt kein Dax-Unternehmen die Dividende. Seit Einführung des Dax im Jahr 1988 sind 40 Prozent des Kursanstiegs auf Dividendenzahlungen zurückzuführen.

**Abgabenlast:** Die Steuer- und Abgabenlast der abhängig Beschäftigten in Deutschland liegt mit durchschnittlich 52,5 Prozent des Einkommens weiterhin an der Spitze der OECD-Staaten. Im Durchschnitt der OECD-Länder wurden den Arbeitnehmer/innen 37,5 Prozent ihrer Einkünfte abgezogen.

**Milliardengewinne:** Der Versicherungskonzern Allianz hat im vergangenen Jahr sieben Milliarden Euro Gewinn erzielt. Netto! Operativ waren es sogar mehr als zehn Milliarden. Die BASF erhöhte ihre Umsatzerlöse um gut 23 Prozent und verbuchte einen Vorsteuergewinn von über sieben Milliarden; netto sind das immer noch 3,2 Milliarden Euro. Ähnliche Profite meldeten der Reifen- und Autozulieferer Continental, die Post und der Krankenhausausrüster Fresenius Medical Care. Selbst Volkswagen verdoppelte seinen Nettogewinn auf 2,75 Milliarden Euro. Und der Energiekonzern EnBW meldete das beste Ergebnis seiner Geschichte.

## Riesenprofite mit Kriegsgerät

In vielen Teilen der Welt sterben täglich Tausende von Zivilisten und Soldaten in kriegerischen Auseinandersetzungen. Nach den Untersuchungsergebnissen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg (AKUF) sind im vergangenen Jahr weltweit 43 Kriege und bewaffnete Konflikte geführt worden. In die Rüstung fließen mehr Steuergelder als je zuvor. Auf rund eine Billion US-Dollar sind die Militärausgaben gestiegen! Allein in den vergangenen fünf Jahren wurden sie um 18 Prozent erhöht. Die Profite der Rüstungskonzerne steigen gewaltig.

### Händler des Todes

Mehr als 93 Milliarden US-Dollar kassierten die Händler des Todes in den ersten fünf Jahren dieses Jahrhunderts. Hinzu kommt jährlich eine weitere Milliarde, die rund 600 Produzenten und Dealer aus 95 Ländern vom schwarzen Waffenmarkt abräumen. Ausgerechnet die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates USA, Russland, Frankreich und Großbritannien gehören zu den führenden Waffenhändlern. Deutschland steht als Waffenexporteur mit einem Umsatz von 5,6 Milliarden US-Dollar in der Zeit von 2001 bis 2006 an vierter Stelle.

Die ökumenische Organisation „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) kritisiert die expansive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung. Als Beweis dafür nennen die beiden großen Kirchen Deutschlands den steilen Anstieg bei den ausgeführten Kriegswaffen: über 40 Prozent allein im Jahr 2005.

Auch der von der Bundesregierung selbst herausgegebene Bericht weist Deutschland als einen der weltweit führenden Waffenverkäufer aus. Der Gesamtwert der exportierten Kriegswaffen betrug allein im Jahr 2005 rund 1,6 Milliarden Euro. Von fast 12.000 Anträgen auf Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter wurden nur etwa 60 abgelehnt.

Die Ausgaben für Kriegsgerät haben im vergangenen Jahr weltweit ein Rekordhoch erreicht. 15 Länder verantworten 84 Prozent der globalen Militärausgaben.

### Rüstungslieferanten

Umsätze in Milliarden US-Dollar in der Zeit von 2001 bis 2005

Russland	28,98
USA	28,24
Frankreich	8,57
Deutschland	5,60
Großbritannien	3,93
Ukraine	2,23
Kanada	1,97
Niederlande	1,87
Italien	1,86

### Milliarden für den Krieg

500 Milliarden Dollar hat die US-Regierung bisher für ihre Kriege in Afghanistan und im Irak ausgegeben. Jetzt verlangt der US-Präsident noch einmal 245 Milliarden. Davon sind allein hundert Milliarden noch für dieses Jahr vorgesehen, wodurch sich 2007 die Kriegsausgaben auf 170 Milliarden erhöhen und auf Schwindel erregende 745 Milliarden Dollar seit 2001 ansteigen. Das ist mehr, als der gesamte Vietnam-Krieg gekostet hat. Zugleich will aber Präsident Bush die wichtigsten Gesundheitsprogramme für die Armen des Lan-

des, Medicare und Medicaid, um 31 Milliarden Dollar und Bildungsprogramme für arme Familien um 13,5 Milliarden Dollar kürzen. Seit Beginn seiner Amtszeit hat er immer wieder wichtige Sozialprogramme drastisch gekürzt und die Militärausgaben weiter in die Höhe getrieben. Dabei sind die Schulden des Staates von 4,5 Billionen auf inzwischen 8,2 Billionen Dollar gestiegen.

### Mehr Geld für Rüstung

Auch die europäischen Rüstungskonzerne wollen in Zukunft stärker von den neuen Kriegen profitieren. Der EU-Verfassungs-Vertrag, den Kanzlerin Merkel wieder beleben will, verlangt, den Zugang zu Energieressourcen notfalls auch militärisch zu sichern. Die ersten Elitekampfruppen sind bereits im Dienst. 19 Einheiten mit insgesamt 40.000 Soldaten will die EU-Kommission bis zum Jahr 2010 aufstellen. „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten regelmäßig zu verbessern“, heißt es im Verfassungsentwurf, den Merkel durchsetzen möchte. Ziele sind: den Zugang der Europäischen Union zu den Rohstoffen besonders in so genannten Schwellenländern notfalls auch militärisch zu sichern und die Liberalisierung besonders lukrativer Märkte durchzusetzen.

Bundesregierung und Bundestag haben die Ausweitung der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan beschlossen, obwohl 77 Prozent der deutschen Bevölkerung den „Tornado“-Einsatz missbilligen (Untersuchung des Forsa-Instituts). Deutschland befindet sich also wieder in einem Krieg. Und wo bleibt der Protest der Gewerkschaften? Wann erklären die Menschen in Deutschland ihrer Regierung den Krieg?

*Franz Kersjes*

**Blick zurück:****Fritz Lamm – Ein atemberaubendes Leben**

Wie sie werden könnte, diese Erde, davon hat Fritz Lamm, 1911 in Stettin geboren, zeitlebens klug gepredigt - mit Wortwitz und Überzeugungskraft. Der Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie wurde im antizionistischen jüdischen Jugendbund *Kameraden* groß und ging mit 18 Jahren zur Sozialistischen Arbeiterjugend und zur SPD. Es dauerte nicht lange, bis sie ihn, 1931, wieder ausschloss. Bei dieser Gelegenheit trat der junge Lamm gleich auch "aus dem Judentum" aus - den Traum, Rabbi zu werden, hatte er längst begraben. Mit Willy Brandt und Walter Fabian gründete er die Sozialistischen Arbeiterpartei SAP.

**Verhaftet und verfolgt**

Als Sozialist, Jude und Homosexueller war Lamm nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten besonders gefährdet: Die erste Verhaftung im Februar 1933, die zweite am 3. Mai 1933, der schwere Folter folgte, an der er zeitlebens litt. 1936 kam er mit Hilfe der SAP nach Stuttgart, von hier aus über ein gut funktionierendes illegales Netz, das politische Flüchtlinge mit gefälschten Papieren ausstattete, in die Schweiz. Lamm wurde von der Schweizer Polizei erwischt und nach Österreich abgeschoben. Über Prag, wo er an der Gründung der *Freien Deutschen Jugend* als Zusammenschluss linker Jugendverbände beteiligt war, floh er nach Frankreich, wurde interniert und konnte 1941 aus dem Pyrenäenlager *Le Vernet* über Casablanca nach Cuba entkommen. Atemberaubend!

Fritz Lamm hat seine Zeit dem Politischen gewidmet. Er war ein begnadeter Berichtersteller, fas-

zinierte mit seinen Reden und Referaten. In den fünfziger und sechziger Jahren, als ich Lamm bei den *Falken* kennen lernte, waren die Befreiungskriege und Auschwitz unsere Themen, die Entwicklung der SPD nach rechts, der militante Antikommunismus der Zeit - und die eigenen Eltern, denen man nicht über den Weg traute. Wir gerieten immer wieder und immer öfter in Konflikte mit den Altvorderen, mit dem Filz von SPD- und Gewerkschaftsfunktionären. Dem Establishment, den angepassten Erwachsenen. Nur wenige der Genossinnen und Genossen konnten uns von Widerstand oder Exil erzählen, und die meisten warnten vor Jugendverführern wie Fritz Lamm.

Lamm war ein Unabhängiger, pragmatisch und voller Ausdauer. Doch die Leiden und Entbehrungen, die Folter, die Flucht über drei Kontinente, der Überlebenskampf in der Emigration - all das hatte ihn gezeichnet, innen wie außen. Wenn über die Résistance diskutiert wurde, über die ökonomische Lage in Cuba, innergewerkschaftliche Demokratie - er, der Betriebsratsvorsitzende der *Stuttgarter Zeitung*, der Bildungsobmann der *Naturfreunde*, der Referent beim SDS, brachte die Praxis zur Theorie und die Theorie zur Praxis.

**Ein Heimatloser**

Während die Älteren aus der SPD und den Gewerkschaften eher ein distanzierendes Verhältnis zu Lamm hatten, übte er auf die Jungen immer eine große Faszination aus. Den meisten von uns war - wie ihm selbst - der Zugang zur Hochschule versperrt geblieben. "Erspart geblieben", unkte er und riet dennoch, jeden Weg, der

mehr Bildung versprach, nicht zu scheuen. Seine Radikalität war beeindruckend und konsequent - er lebte, was er sagte. „Jetzt bist Du heimatlos. Die Linke hat keine Heimat“, lachte er.

Er war ein Überzeugter, bei dem das Gesagte mit dem Persönlichen übereinstimmte. Seine Wohnung stand immer offen, immer setzte er uns etwas zu Essen vor, und es gab auch ein paar Groschen für die Heimfahrt und für fast jeden ein individuell ausgesuchtes Buch, das man, bitte schön, lesen und vor allem zurückbringen sollte zum nächsten Lektüreabend, zusammen mit den offenen Fragen. So offen wie sein Haus war auch sein Geldbeutel. Quer durchs Land war er in seiner Freizeit unterwegs, ein Selbstzahler. Hunderte junger Leute sind durch seine "Rabbi-Schule" gegangen.

Am 15. März 1977 ist Fritz Lamm in Stuttgart gestorben. Im Deutschen Exilarchiv in Frankfurt liegt ein Teil seines Nachlasses.

Peter Grohmann

Gekürzter Text. Eine ausführliche Würdigung des Lebens von Fritz Lamm ist nachzulesen unter dem Link *Lebensbilder* auf unserer Website [www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Die Erstveröffentlichung erschien in der Wochenzeitung *Freitag* Nr.4 vom 26.01.07

Peter Grohmann, Jahrgang 1937, ist Kabarettist und Autor in Stuttgart

**Buchempfehlung:**

Michael Benz: *Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude, Linkssozialist, Emigrant. 1911 - 1977. Eine politische Biografie*. Herausgegeben vom Bürgerprojekt Die AnStifter. 552 S., Klartext-Verlag, 29,90 Euro.

### **Tarifrunde 2006: Unterschiede zwischen den Branchen wachsen**

Die Tarifunterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen werden größer. Während die exportorientierten Branchen im vergangenen Jahr Tarifsteigerungen oberhalb der Preissteigerungsrate zu verzeichnen hatten, blieben die Tarifzuwächse in den binnenmarkt-abhängigen Bereichen zum Teil weit darunter. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt sind die Tarifeinkommen der Beschäftigten in Deutschland im Jahr 2006 jahresbezogen um 1,5 Prozent gestiegen. Dies ergibt sich aus der Bilanz der Tarifpolitik des Jahres 2006, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) vorgelegt hat.

Die höchsten Zuwächse waren im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit einer Tarifsteigerung von 2,7 Prozent zu verzeichnen, gefolgt vom Investitionsgütergewerbe mit 2,4 Prozent und dem Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 2,1 Prozent. Unterdurchschnittlich fiel die Tarifierhebung im Handel (0,9 Prozent), Baugewerbe (0,7 Prozent) und im Bereich Gebietskörperschaften/ Sozialversicherungen (0,5 Prozent) aus. „Es ist wichtig, dass die Ansätze einer Tarifwende in einzelnen Branchen stabilisiert und auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet werden“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Dr. Reinhard Bispinck. „Andernfalls droht eine sozial und ökonomisch problematische Tarifspaltung.“

Die Lebenshaltungskosten sind im Jahr 2006 durchschnittlich um 1,7 Prozent, die Arbeitsproduktivität um 1,8 Prozent gestiegen. Der daraus resultierende Verteilungs-

spielraum von 3,5 Prozent wurde von den Tarifabschlüssen insgesamt nicht ausgeschöpft. Bei den effektiven Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer sieht die Entwicklung noch schwächer aus: Sie sind im vergangenen Jahr nominal lediglich um 0,7 Prozent gestiegen. Real sind die Einkommen also um 1 Prozent gesunken.

Insgesamt schlossen die DGB-Gewerkschaften in Deutschland im vergangenen Jahr Lohn- und Gehaltstarifverträge für rund 9,7 Mio. Beschäftigte ab, darunter etwa 8,3 Mio. in den alten und 1,4 Mio. in den neuen Bundesländern. Für rund 90 Prozent dieser Beschäftigten gab es Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. Als Ausgleich vereinbarten die Gewerkschaften für die meisten davon betroffenen Beschäftigten Pauschalzahlungen. Diese betragen durchschnittlich 60 Euro (West: 61 Euro, Ost: 48 Euro) im Monat. Die Laufzeit der Verträge beläuft sich durchschnittlich auf 22,1 Monate (2005: 25,7). Für weitere 4,2 Mio. Beschäftigte traten im Jahr 2006 Erhöhungen in Kraft, die bereits 2005 oder früher vereinbart worden waren.

In den neuen Bundesländern hat sich das Tarifniveau im Vergleich zum Westen gegenüber dem Vorjahr um gut einen halben Prozentpunkt erhöht. Das Tarifniveau Ost/West betrug Ende 2006 bezogen auf die tariflichen Grundvergütungen 95,1 % gegenüber 94,6 % zum Ende des Vorjahres. Im laufenden Jahr stehen neben den Verhandlungen in der Chemie- und Metallindustrie auch Lohnrunden im Bauhauptgewerbe, im Einzel- und Großhandel, in der Druckindustrie, in der Holz- und Kunststoffindustrie und im Kfz-Gewerbe auf der Tagesordnung. „Gerade in der aktuellen

wirtschaftlichen Situation, in der die Binnenkonjunktur spürbare Impulse braucht, ist es unerlässlich, dass alle Beschäftigten gleichermaßen am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben“, so Tarifexperte Bispinck. „Die Abschlüsse bei Chemie und Metall können dafür als Orientierung dienen.“

*WSI-Tarifarchiv*

### **Weniger Verbindlichkeit**

Schon jetzt sind nur wenige Tarifverträge für alle Betriebe und Beschäftigten einer Branche Pflicht. Die Zahl der Allgemeinverbindlicherklärungen geht weiter zurück, so der neue WSI-Tarifbericht.

Jahr für Jahr erklären die Arbeitsminister in Deutschland weniger Tarifverträge für allgemeinverbindlich. 2006 gab es nur 16 neue Allgemeinverbindlicherklärungen (AVE). Dem stehen 54 allgemeinverbindliche Verträge gegenüber, die im vergangenen Jahr ausliefen, wie der tarifpolitische Jahresbericht 2006 des WSI-Tarifarchivs zeigt. Insgesamt banden Anfang 2006 noch 446 Tarifverträge aufgrund einer AVE alle Betriebe der Branche, darunter 232 Ursprungs- und 216 Änderungs- und Ergänzungsverträge. Von allen derzeit gültigen Ursprungstarifverträgen haben die Arbeitsminister des Bundes und der Länder nur 1,5 Prozent auf die ganze Branche ausgeweitet. Im Vergleich zu den 90er Jahren ist das ein Rückgang um gut 30 Prozent. Die allgemeinverbindlichen Tarifverträge regeln Themen wie Altersteilzeit, Qualifizierung, Urlaubsansprüche und Zusatzversorgung. Nur wenige beziehen sich auf Löhne und Gehälter.

*Boeckler-Impuls*

## Proteste gegen Telekom-Umbau

Seitdem die Telekom in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden ist, werden Arbeitsplätze abgebaut und Arbeitsbedingungen verschlechtert. 16 Umstrukturierungen haben die Beschäftigten seit der ersten Postreform erlebt. Vor Jahren wurde das Unternehmen in vier Teile (Festnetz, Mobilfunk, Internet und Informationstechnik) zerlegt, und nun sollen sie wieder zusammengefügt werden. Der vorherige Umbau hatte einen erheblichen personellen Abbau zur Folge.

Gut 120.000 Stellen sind seit Mitte der neunziger Jahre durch die Privatisierung des ehemaligen Staatsunternehmens vernichtet worden. Nicht einmal die Hälfte davon sind bei den Konkurrenten neu entstanden. 32.000 weitere Beschäftigte sollen bis zum Jahr

2008 ausscheiden. Und nun plant der Vorstand des Konzerns, maßgebliche Kernbereiche des Unternehmens auszugliedern. Etwa 60.000 Arbeitnehmer/innen sollen in insgesamt drei Servicegesellschaften abgeschoben werden. Dort sollen sie für weniger Geld länger arbeiten. Die Dividende für die Aktionäre soll allerdings nicht gekürzt werden. Auch in diesem Jahr können die Anteilseigner, darunter vor allem die Bundesregierung und die Private-Equity-Firma Blackstone, wieder mit insgesamt rund drei Milliarden Euro rechnen.

300 Konzernbetriebsräte der Deutschen Telekom haben sich gegen einen Umbau des Unternehmens ausgesprochen. In einer Resolution weisen sie die Pläne des Vorstands zum Verkauf

von Beteiligungen, zu Standort-schließungen und zum Stellenabbau zurück. Die Belegschaftsvertreter fordern den Vorstand auf, die Beschäftigten nicht weiter in ihrer Existenz zu bedrohen und „endlich die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese ihre Produktivität entfalten können“.

Der ver.di-Bundesfachbereichsvorstand hat die Telekom u. a. aufgefordert, gemeinsam mit den Beschäftigten ein beschäftigungspolitisches Stabilitätskonzept zu verwirklichen. Hierzu sollen gehören: der Verzicht auf betriebsbedingte Entlassungen; der Stopp des Verkaufs von weiteren Konzern- und Unternehmenseinheiten; ein Auslagerungsschutz; die Rücknahme der Pläne, weitere Arbeitsplätze zu vernichten; eine Sicherung der Beschäftigungsbedingungen, konzernweite Standortsicherheit und wohnortnahe Arbeitsplätze.

### Gastbeiträge

**Jörg Wollenberg**

Arbeitsbeschaffung für Jugendliche 1932/33 – ein Modell für heute?

**Wolfgang Bittner**

Lesekultur als Prophylaxe gegen Gewalt

**Christoph Butterwegge**

Globalisierung, Neoliberalismus und Privatisierung

**Antje Dertinger**

Als Europa den Stier bei den Hörnern packte - Die Anfänge der Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz

**Werner Rügemer** Die Plünderer kommen

**Arno Klönne**

Schleichender Umsturz – Abschied von der Demokratie

**Michael Schneider**

Die Telekratie – Über Wert und Mehrwert des Stumpfsinns

**Norbert Blüm**

Zum Bischofswort: „Das Soziale neu denken“

Alles auf [www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

## Volksparteien ohne Volk

Den großen Parteien in Deutschland laufen Mitglieder und Wähler in Scharen davon. CDU und SPD verlieren spürbar an Vertrauen in der Bevölkerung. Die Widersprüche zwischen Ankündigungen und Entscheidungen sind nicht zu übersehen. Der Verlust an Glaubwürdigkeit ist erheblich. Das führt schließlich dazu, dass sich immer weniger Menschen an Wahlen beteiligen. Vor allem fühlen sie sich durch Politiker der Regierungsparteien nicht mehr vertreten. Auch die Traditionsbindung der Wähler hat abgenommen. Nur noch wenige wählen CDU oder SPD, weil sie „das immer schon“ gemacht haben.

Nach aktuellen Umfragen würden lediglich etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten eine der beiden Parteien wählen. Das liegt vor allem daran, dass es schwer fällt, Union und SPD auseinander zu

halten. Dies gilt besonders für die Politikbereiche Gesundheitsschutz, Mehrwertsteuer und Arbeitnehmerrechte. Vielen ist unklar, wofür die einzelnen Parteien stehen. Den Wahlversprechen der großen Parteien glaubt grundsätzlich niemand mehr. Sie SPD hat gerade mal noch 560.000 Mitglieder; 1990 waren es 943.000. Die CDU zählt 554.000 Mitglieder; 1990 besaß sie noch 751.000. Gemeinsam mit der bayerischen Schwesterpartei CSU liegt die Union mit 160.000 Mitgliedern vor der SPD.

Der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte von der Universität Duisburg spricht von einer „dramatischen Krise“. Er meint: „Das ist die Endphase der Volksparteien, wie wir sie kennen.“ Dies ist aber auch eine große Chance für solche Parteien, die für eine Politik gegen den Neoliberalismus kämpfen wollen.

F.K.



## Deutschland kein Sanierungsfall

Das Statistische Bundesamt hat die Arbeitskosten für 2004 analysiert. Einbezogen wurden die Lohnnebenkosten pro privatwirtschaftlicher Arbeitsstunde in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union. Dabei wurden erstmals nicht nur die Arbeitskosten in der Industrie, sondern auch die Daten für die Gesamtwirtschaft berücksichtigt. Danach liegt Deutschland im europäischen Mittelfeld und keineswegs an der Spitze der 25 EU-Mitgliedsländer, wie von Politikern und Unternehmern oft behauptet wird. Im Arbeitskostenvergleich liegen die Aufwendungen in Dänemark, Schweden, Belgien, Luxemburg und Frankreich höher als in der Bundesrepublik.

### Geringe Lohnnebenkosten

Der Anteil der Lohnnebenkosten an den gesamten Arbeitskosten ist in Deutschland im EU-Vergleich relativ gering. In der deutschen Privatwirtschaft kamen bei je 100 Euro Bruttolohn rund 33 Euro an Lohnnebenkosten hinzu. Das sind etwa drei Euro weniger als im Durchschnitt der EU. In einer Rangliste wäre das Platz 14, noch hinter Rumänien, der

Slowakei und Spanien. Die Arbeitsproduktivität ist in Deutschland überdurchschnittlich hoch. Die Lohnstückkosten sind in den vergangenen drei Jahren in Deutschland sogar gesunken, nachdem sie zuvor nur geringfügig gestiegen waren. Damit liegen sie heute wieder auf dem Niveau des Jahres 1995.

### Niedrige Arbeitskosten

Bei den veröffentlichten Daten für das Jahr 2004 kommt hinzu, dass sich die Arbeitskosten in der Bundesrepublik in den vergangenen beiden Jahren im europäischen Vergleich keinesfalls erhöht haben. In den Jahren 2005 und 2006 sind die Löhne und Gehälter in Deutschland nicht nennenswert gestiegen, während sie in den meisten EU-Ländern angehoben wurden. Mit relativ niedrigen Arbeitskosten konnte Deutschland auch im Jahr 2006 erneut Exportweltmeister werden.

**Die nächste Ausgabe der Welt der Arbeit erscheint am 18.04.07**

\* \* \* \*

### Buchtipps

D. Azzellini, B. Kanzleiter  
**Das Unternehmen Krieg**  
 Paramilitärs, Warlords  
 und Privatarmeen  
*Assoziation A, 216 Seiten, 14 Euro*

Im Neoliberalismus werden nicht nur Staatsbetriebe privatisiert, sondern auch die Kriegsführung. So übernehmen private Militärunternehmen verstärkt Kampfaufträge. Das Buch geht neuen Formen der Kriegsführung nach. Statt „Staatszerfall“ und „Chaos“,

wie in den Medien oft beschworen, zeichnen sich dabei die Konturen einer „Neuen Kriegsführung“ ab. In ihr werden private militärische Akteure von Eliten eingesetzt, um Herrschaft zu sichern. Dabei ist meistens nicht ein militärischer Sieg, sondern die Kriegsführung selbst das Ziel, um Profite erzielen zu können. Kriege werden nur noch selten zwischen Staaten und deren Armeen geführt, sondern immer häufiger innerhalb von Staaten.

### Kommentar

#### **Ausbildungspakt**

2004 haben Bundesregierung und Wirtschaftsverbände einen Ausbildungspakt abgeschlossen. 30.000 neue Ausbildungsplätze sollten jährlich geschaffen werden - allerdings nicht etwa zusätzliche! Tatsache ist, dass seit 2004 insgesamt 50.000 betriebliche Ausbildungsplätze weggefallen sind. Das hat auch dazu geführt, dass im vergangenen Jahr beispielsweise 763.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz gesucht haben, jedoch nur 414.000 betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung standen. Nun wird die Mogelpackung erneuert. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben angekündigt, die Zahl der neuen Ausbildungsplätze auf 60.000 jährlich zu verdoppeln. Aber die Ankündigung geht noch nicht einmal über das in der Vergangenheit Erreichte hinaus. Bereits im vorigen Jahr warben die Unternehmen 67.900 neue Plätze ein. Das zeigt: Die verlogene Propaganda der Unternehmerfunktionäre muss aktiv bekämpft werden. Nur eine Ausbildungsplatzumlage zwingt die Wirtschaft in die Verantwortung.  
*Franz Kersjes*

### **Impressum:**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35 Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.  
[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.

## Tarifrunde 2007: Ohne Kampf kein Erfolg

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten in diesem Jahr spürbare Einkommensverbesserungen. Die tariflichen Löhne und Gehälter müssen kräftig steigen. Es soll Schluss sein mit den erzwungenen Verzichten der Beschäftigten.

### Satte Gewinne – sinkende Löhne

Unternehmern und Aktienbesitzern geht es so gut wie lange nicht mehr. Während Unternehmergewinne und Vermögenseinkünfte auch im vergangenen Jahr erneut kräftig zulegen, mussten sich die Arbeitnehmer/innen zum siebten Mal in Folge mit einem geringeren Anteil am Volkseinkommen begnügen. „Die Einkommensschere zwischen Arbeitnehmerentgelt und Unternehmenseinkommen hat sich weiter geöffnet“, sagte der Präsident des Statistischen Bundesamtes bei der Bekanntgabe des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für 2006.

Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen von 72,2 auf 66,2 Prozent gesunken, während der Anteil der Unternehmensgewinne und Vermögenseinkünfte – wie Zinsen und Dividenden – entsprechend zunahm. In den vergangenen drei Jahren lagen die Lohnzuwächse stets unterhalb der Produktivitätsgrenze.

### Mindestens plus 4 Prozent

Lohn- und Gehaltserhöhungen von mindestens vier Prozent im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt – zwei Prozent für Produktivitätsanstieg und zwei Prozent Inflationsausgleich – müssen in

diesem Jahr durchgesetzt werden. Die Gewerkschaften sind hoffentlich gut vorbereitet auf den unvermeidbaren Kampf zur Durchsetzung besserer Tarifverträge.

Die deutsche Wirtschaft ist erneut Exportweltmeister. Der Exportüberschuss betrug im vergangenen Jahr 162 Milliarden Euro. Die Lohnstückkosten befanden sich Ende 2006 auf dem niedrigsten Stand seit 1992.

**Metall- und Elektroindustrie:** Die IG Metall fordert 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt für die bundesweit 3,4 Millionen Beschäftigten. Die Unternehmen der Branche haben selten soviel kassiert und gleichzeitig so wenig für Löhne und Gehälter gezahlt wie heute. Aber die Unternehmer wollen unter dem Abschluss des vergangenen Jahres bleiben, als Tarifierhöhungen von drei Prozent vereinbart worden waren. Sie verlangen erneut einen zweigeteilten Abschluss aus einer moderaten dauerhaften Erhöhung und einem einmaligen „Konjunkturbonus“. Der dauerhafte Anstieg in den Lohn Tabellen soll möglichst gering ausfallen. Als Alternative zu Einmalzahlungen diskutieren die Unternehmer auch über eine zeitlich befristete prozentuale Anhebung der Entgelte. Dadurch könnte eine überproportionale Kostenbelastung in Betrieben mit hohem Anteil niedriger Tarifgruppen vermieden werden. Bereits 2006 hatten sie mit der IG Metall Einmalzahlungen vereinbart, die auf Betriebsebene differenziert werden konnten. Einen zweigeteilten Abschluss lehnt die IG Metall diesmal aber ab. Sie will möglichst hohe prozentuale Erhöhungen in den Tabellen durchsetzen. Die tarifliche Friedenspflicht endet in diesem Tarifbereich am 28. April.

**Chemie:** In der chemischen Industrie ist für die 550.000 Be-

schäftigten der erste Tarifabschluss dieses Jahres gelungen. Der neue Vertrag hat eine Laufzeit von 14 Monaten. Für den ersten Monat wird ein Pauschalbetrag von einheitlich 70 Euro (Auszubildende 20 Euro) gezahlt. Anschließend werden die Entgelte und Ausbildungsvergütungen für 13 Monate um 3,6 Prozent angehoben. Außerdem erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung in Höhe von 0,7 Prozent eines Monatsentgelts multipliziert mit 13. Dazu gibt es eine Öffnungsklausel. Unternehmen in einer wirtschaftlich schwierigen Lage können den Betrag senken oder ganz aussetzen. Voraussetzung ist die Zustimmung der Betriebsräte.

**Baugewerbe:** Die Tarifverhandlungen für die 700.000 Beschäftigten im Baugewerbe sind bisher ergebnislos verlaufen. Die IG Bauen-Argar-Umwelt fordert Einkommensverbesserungen von 5,5 Prozent. Die Tarifverträge laufen Ende März aus. Der vorige Abschluss war 2005 erst nach eineinhalb Jahren zustande gekommen.

**Druckindustrie:** In der bevorstehenden Tarifrunde sollen die Löhne um 6,5 Prozent für eine Laufzeit von 12 Monaten erhöht werden. Außerdem will ver.di das Thema „Möglichkeiten von Altersteilzeitregelungen“ in die Verhandlungen einbringen. Das derzeitige Lohnabkommen wurde zum 31.3.2007 gekündigt. Die tarifliche Friedenspflicht erlischt am 1. Mai. Erster Verhandlungstermin ist der 28. März. Die Unternehmer sehen kaum Spielraum für Lohnerhöhungen. Es muss mit einer außerordentlich harten Auseinandersetzung gerechnet werden.

Aktuelle Informationen unter  
[www.tarifrunde-2007.de](http://www.tarifrunde-2007.de)

## Lokalradios in NRW: Bürgerbeteiligung unerwünscht

Das nordrhein-westfälische „Zwei-Säulen-Modell“ für den Lokalfunk, bei dem wirtschaftliche und programmliche Verantwortung getrennt sind, ist in der bundesrepublikanischen Medienlandschaft bisher einmalig. Danach besteht jeder Sender aus zwei rechtlich selbstständigen Einrichtungen: der Veranstaltergemeinschaft (VG) und der Betriebsgesellschaft (BG). Die VG ist ein eingetragener, nicht kommerzieller Verein, in dem maßgebliche gesellschaftliche Gruppen am Ort (zum Beispiel Gewerkschaften, Kirchen, Sport- und Jugendverbände) mit je einem Sitz vertreten sind. Die zweite Säule, die BG, ist privatrechtlich organisiert. Sie hat die Aufgabe, den VGs die erforderlichen finanziellen Mittel zur Programmveranstaltung durch Kapitaleinlagen und Werbeeinnahmen zur Verfügung zu stellen. An den Betriebsgesellschaften sind grundsätzlich die örtlichen Zeitungsverleger mit bis zu 75 Prozent und die Kommunen mit bis zu 25 Prozent der Kapital- und Stimmrechtsanteile beteiligt. 46 lokale Radiostationen strahlen derzeit in NRW täglich ihre Programme aus.



Einmalig in Nordrhein-Westfalen ist auch, dass jede Veranstaltergemeinschaft gesetzlich verpflichtet ist, bis zu 15 Prozent ihrer täglichen Sendezeit, maximal jedoch zwei Stunden, für Bürgergruppen zur Verfügung zu stellen. Die Gruppen, die diese Chance nutzen, sind für Form und Inhalt ihrer Sendungen selbst verantwortlich. Die Zeiten, in denen der Bürgerfunk im Lokalprogramm zu hören ist, werden vom Sender festgelegt.

Mit der Integration eines offenen und zugangsfreien Programms in ein professionelles Medium wie dem Lokalra-

- Fortsetzung Seite 12 -

## Autofirmen finanzieren den Gipfel der G 8

Die Gruppe der Acht (G8) ist ein informelles Forum der Staats- und Regierungschefs aus Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, USA, Kanada, Russland und Deutschland. In diesem Jahr trägt die Bundesrepublik die Verantwortung als Präsidenschaft. Tagungsort des G8-Gipfels 2007 ist das Ostseebad Heiligendamm.

Der Klimawandel soll in den Beratungen „einen hohen Stellenwert“ bekommen. Zum Rahmenprogramm gehören ein „Autogipfel“ und ein „Ökogipfel“ und viele Vorschläge zur Verbesserung des Klimaschutzes: Von der Abschaffung der Glühbirnen über Sonntagsfahrverbote, Besteuerung von Flugbenzin bis hin zu einer freiwilligen Abgabe der Flugreisenden. Alles heiße Luft! Wirkungsvolle Maßnahmen sind nicht zu erwarten. Alles Theater mit mediengerechter Inszenierung zur Selbstdarstellung der Politiker!

Die deutsche Automobilindustrie ist trotz der heftigen Debatten über den Klimawandel nicht etwa besorgt. Luxuskarossen von VW, Audi oder Mercedes-Benz lassen sich weiter gut verkaufen, vor allem als Firmen- und Dienstwagen. BMW jubelt beispielsweise über das „hervorragende Interesse“ der Kundschaft am neuen Geländewagen X5, der gerade eingeführt wird. „Wir sind über Monate ausgebucht“, sagt ein Konzernsprecher. „Die Lieferzeit beträgt ein halbes Jahr.“

Wie sehr die Autoindustrie mit der Politik verbunden ist, zeigt eine Website der Bundesregierung im Internet: **„Die Bundesregierung dankt folgenden Firmen für ihre Unterstützung des deutschen G8-Vorsitzes.“** Dann folgt das Logo von Mercedes-Benz, VW und Audi ([www.g-8.de](http://www.g-8.de) unter Service). Das ist wenigstens ehrlich und macht klar, wer die Macht nicht nur in unserem Staat übernommen hat. Wahrscheinlich erleben die Fernsehzuschauer künftig, ähnlich wie bei Sportsendungen, beispielsweise eine Werbeeinblendung zur Rede der Bundeskanzlerin über den Klimaschutz: *Mit freundlicher Unterstützung von Mercedes-Benz.* Und wer so unterstützt wird, ist auch dankbar.

Franz Kersjes

- Fortsetzung von Seite 11 -

dio ist der Bürgerfunk ein einzigartiges Modell für die Bürgerbeteiligung an Medien in der Bundesrepublik. Die Produzenten des Bürgerfunks kommen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Volkshochskulkurse, Schulklassen und Jugendgruppen, Kirchen- und Gewerkschaftsgruppen, Seniorenclubs und Traditionsvereine nutzen die Möglichkeiten ebenso wie Umwelt- und Naturverbände, Frauengruppen und ausländische Mitbürger/innen.

In NRW gibt es etwa 160 aktive Radiowerkstätten in unterschiedlicher Trägerschaft. Seit 1990 haben sie mehr als 9 Millionen Sendeminuten über die Lokalradios ausgestrahlt. Das sind über 5.555 komplette Sendetage. Mehr als 300 Schülerinnen und Schüler absolvieren jedes Jahr ihre Praktika in anerkannten Radiowerkstätten. Darüber hinaus finden zahlreiche Schulabgänger, Studenten und Studentinnen sowie Berufsanfänger in den Radiowerkstätten eine ideale Umgebung für berufsqualifizierende Praktika.

### **Gewerkschaftliche Radiogruppen für Bürgermedien**

Der DGB und seine Gewerkschaften haben die Einführung des privaten Lokalfunks von Anfang an konstruktiv begleitet und sehen im Bürgerfunk die Möglichkeit, ein Stück Gegenöffentlichkeit zu gestalten. Gesellschaftspolitische Themen, die im privaten kommerziellen Rundfunk ansonsten nicht verbreitet werden, erhalten durch den Bürgerfunk die Gelegenheit, in Medien zu erscheinen und somit ins öffentliche Bewusstsein zu gelangen. Die 10 bis 15 DGB-Radiowerkstätten im

Verein „Gewerkschaften für Bürgermedien“ haben in mehr als 15 Jahren weit über 10.000 arbeitnehmerorientierte Beiträge produziert und im Rahmen des Bürgerfunks über die Lokalsender in die Öffentlichkeit getragen.

Gefördert wird der Bürgerfunk aus Mitteln der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM). Die gesamte Fördersumme wird jährlich festgelegt. Die Radiogruppen erhalten für ihre Produktionen Zuschüsse, die aber nicht die gesamte Höhe der Produktionskosten abdecken.

### **Das alles soll sich nun ändern**

Die Zeitungsverleger in den Betriebsgesellschaften wollen mit ihren relativ bescheidenen Kapitaleinzahlungen möglichst viel Geld durch Werbung im Lokalfunk kassieren. Der Bürgerfunk ist nach ihrer Überzeugung ein Fremdkörper im privatwirtschaftlichen Rundfunk. Sie fordern deshalb von Anfang an, dass der Bürgerfunk in den Hörfunkprogrammen des Westdeutschen Rundfunks laufen soll.

In der nordrhein-westfälischen Landesregierung aus CDU und FDP mit dem selbsternannten „Arbeiterführer“ Jürgen Rüttgers an der Spitze haben sie nun endlich die willfährigen Vollstrecker ihrer Interessen gefunden.

Am 9. Januar 2007 hat die Landesregierung den Entwurf für ein neues Landesmediengesetz veröffentlicht. Schwerpunkt der Novellierung ist eine Neuordnung der Bürgermedien bzw. des Bürgerfunks im Lokalradio. Demnach soll der Bürgerfunk unter anderem auf täglich eine Stunde reduziert und landesweit auf 21 bis 22 Uhr verlegt werden. Dies bedeutet im Ergebnis etwa eine Halb-

zung der zurzeit üblichen Sendezeit für den Bürgerfunk. Gleichzeitig ist die finanzielle Förderung des Bürgerfunks in Frage gestellt. Die Bürger, die das Pro-



gramm gestalten, brauchen nach der Gesetzesänderung künftig eine Art Radioführerschein. Zudem müssen alle Sendungen demnächst einen direkten lokalen Bezug haben. Die muttersprachlichen Sendungen sollen gestrichen werden. Die Finanzierung der Radiowerkstätten ist unsicher. Die Landesregierung schafft zwar den Bürgerfunk nicht unmittelbar ab, sorgt aber durch die künftigen Rahmenbedingungen dafür, dass den Werkstätten die Grundlage für eine Weiterarbeit entzogen wird.

Der Verein „Gewerkschaften für Bürgermedien“ im DGB ruft daher alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf, sich für den Erhalt des Bürgerfunks einzusetzen. Die Abschaffung des Bürgerfunks ist im Gesamtkonzept der Landesregierung und im Kontext des Mitbestimmungsabbaus im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) ein weiterer Baustein beim Abbau von demokratischen und partizipativen Strukturen in NRW.